

Die SPD und die Furcht unserer Nachbarn vor einem „Vierten Reich“

Prof. Dr. Richard Saage, geb. 1941 in Tülow (Niedersachsen), Studium der Politik, Geschichte und Philosophie in Frankfurt/M. und Cambridge (USA), lehrt seit 1984 Politikwissenschaften an der Universität Göttingen.

I.

Spätestens seit den Volkskammerwahlen in der ehemaligen DDR vom März 1990 geht für nicht unbeträchtliche Teile der Weltöffentlichkeit ein Gespenst herum in Europa: es ist die Gefahr des wiedererstehenden „furor teutonicus“ auf dem Weg zu einem „Vierten Reich“. Vor ihr hat in der Bundesrepublik niemand nachdrücklicher gewarnt als der Schriftsteller Günter Grass. In seiner Rede auf dem Parteitag der SPD in Berlin am 18. Dezember 1989 führte er unter anderem aus: „Vereinigung als Einverleibung der DDR hätte Verluste zur Folge, die nicht auszugleichen wären: denn nichts bliebe den Bürgern des anderen nunmehr vereinnahmten Staats von ihrer leidvollen, zum Schluß beispiellos erkämpften Identität; ihre Geschichte unterläge dem dumpfen Einheitsgebot. Nichts wäre gewonnen, außer einer beängstigenden Machtfülle, gebläht vom Gelüst nach mehr und mehr Macht. Allen Beteuerungen, selbst den gutgemeinten zum Trotz, wären wir Deutschen wieder zum Fürchten. Weil von unseren Nachbarn mit berechtigtem Mißtrauen aus zunehmender Distanz gesehen, könnte bald wieder einmal das Gefühl des Isoliertseins und mit ihm jene gemeingefährliche Mentalität aufkommen, die sich aus Selbstmitleid als ‚von Feinden umringt‘ begreift. Ein wiedervereinigtes Deutschland wäre ein komplexgeladener Koloß, der sich selbst und der Einigung Europas im Wege stände“.¹ Noch vor dieser Parteitagsrede warb Oskar Lafontaine sechs Wochen vor Öffnung der DDR-Grenze im SPIEGEL um „Vorsicht... mit unbedachten Wiedervereinigungsparolen. Das Gespenst eines starken Vierten Deutschen Reiches erschreckt unsere westlichen nicht weniger als unsere östlichen Nachbarn“.²

Der in außenpolitischer Hinsicht bisher krisenfrei verlaufene Prozeß der deutschen Einheit vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß Grass und Lafontaine wußten, wovor sie warnten: unterhalb der Ebene offizieller Politik ist in breiten Schichten und in der öffentlichen Meinung jener Länder, die unter dem vom „Dritten Reich“ entfesselten Zweiten Weltkrieg zu leiden hatten, ein neu vereinigtes Deutschland eher ein Trauma als eine freudig begrüßte Einlösung des Rechts auf Selbstbestimmung der Völker. „Fürchtet

¹ Günter Grass, Lastenausgleich, in: ders., Deutscher Lastenausgleich. Wider das dumpfe Einheitsgebot. Reden und Gespräche, Berlin und Weimar 1990, S. 10 f.

² Der Spiegel, 18.12. 89, S. 17.

Euch vor den Deutschen', warnte das französische Magazin ‚Challenge‘, die ‚können uns lebendig verzehren‘. Die Verbindung von westdeutschem Kapital und technologischem Know-how mit einem mitteleuropäischen 9-Millionen-Heer relativ gut ausgebildeter und dabei billiger Arbeitskräfte, plus 16 Millionen neuer konsumhungriger Nachfrager, läßt Freunde und Konkurrenten ‚Zustände kriegen‘, so George A. Carver vom Zentrum für Strategische und Internationale Studien in Washington“.³ Der ehemalige britische Handels- und Industrieminister Nicholas Ridley vertrat kürzlich in einem Interview, das er dem britischen Magazin „The Spectator“ gab, die Ansicht, daß Schritte zur europäischen Währungsunion nichts anderes seien als ein „deutsches Komplott mit dem Ziel, ganz Europa zu übernehmen“. Ein deutsch beherrschtes Europa aber würde zu einer „blutigen Revolution“ führen. Die Franzosen schimpfte er „Schoßhündchen der Deutschen“.⁴ Auch die englische Premierministerin Thatcher zeigt sich besorgt über eine mögliche deutsche Vorherrschaft. „In Regierungskanzleien von Whitehall und Westminster kursiert der Begriff ‚Viertes Reich‘ als viel benutzter terminus technicus: So wie Deutschlands ‚Drittes Reich‘ seine Nachbarn militärisch überrollte, könnte ein Viertes Reich Europa wirtschaftlich beherrschen“.⁵ Und der sowjetische ZK-Berater Nikolai Portugalow warf die Frage auf: „Wird es dem geeinten Deutschland, diesem Koloß, gelingen, mit der harten Mark zu vollbringen, was Hitler mit Feuer und Schwert nicht hat erreichen können?“.⁶

Die Furcht vor der wirtschaftlichen Hegemonie Deutschlands wurde verstärkt durch die Dynamik, mit der sich die Vereinigung zwischen den beiden deutschen Staaten gleich nach der Öffnung der Mauer zu vollziehen begann. Im SPIEGEL vom 18. 12.1989 heißt es: „Großdeutsche Schlachtgesänge, laut auf Leipzigs Straßen, verhalten noch zwischen Flensburg und Lindau, lassen im Ausland den deutschen Michel, die deutschen Michel, als nachgerade unheimlich erscheinen: Es ist die Geschwindigkeit des Umbruchs, welche die deutschen Nachbarn aufschreckt. Sie haben Angst, wie schnell sich die 60 und die 16 Millionen schon unterhalb der Wiedervereinigungsschwelle zusammenfinden“.⁷ Der rasante Prozeß der Auflösung der DDR, der wenig später zugunsten eines neu vereinigten Deutschlands folgte, hat das Unbehagen unserer Nachbarn eher noch verstärkt. Es rührt vor allem aus dem Gefühl, „daß ihnen gar keine andere Möglichkeit geblieben war - so elementar hatte sich der Zusammenbruch des östlichen Systems und der deutsche Einigungsprozeß vollzogen“.⁸ Politbüromitglied Jegor Ligatschow sprach von einer „Annexion, oder besser dem Schlucken der DDR durch die Bundesrepublik, was er für eine gefährliche Verletzung der europäischen Stabilität [...], die vollständige Annullierung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges“⁹ hielt.

3 Ebd., S 20

4 Der Spiegel, 16 7 90, S 108

5 Ebd., S 109

6 Der Spiegel, 23 7 90, S 23

7 Der Spiegel (Anm 2), S 16

8 Der Spiegel (Anm 6), S 21

9 A a O., S 23

Was Ligatschow als „Verletzung der europäischen Stabilität“ ansieht, ist für andere Beobachter die Gefahr, daß ein neu vereintes Deutschland in Mitteleuropa hegemoniale Ansprüche erhebt, die das seit Adenauer geltende Konzept der Westintegration sprengen. Selbst die Optimisten unter den Teilnehmern der Tagung in der Premierminister-Residenz Chequers, zu der Frau Thatcher vor dem anglo-deutschen Gipfeltreffen Ende März amerikanische und britische Deutschland-Experten eingeladen hatte, konnten, wie es im Protokoll heißt, gewisse Befürchtungen „hinsichtlich der Auswirkung der Vereinigung auf das Verhalten der Deutschen in Europa nicht unterdrücken“. Es sei unwahrscheinlich, „daß ein vereintes Deutschland genauso denken und handeln werde wie die Bundesrepublik, die wir seit 45 Jahren kennen. Und das gelte, obgleich ein vereintes Deutschland mit großer Wahrscheinlichkeit die Institutionen der BRD übernehme [...]“. Vor allem wurde bezweifelt, ob sich ein vereintes Deutschland so reibungslos in Westeuropa einfügen werde wie die BRD. Vielmehr sei mit der Neigung zu rechnen, „das Konzept ‚Mitteleuropa‘ wiederzubeleben, in dem Deutschland die Rolle des Maklers zwischen Ost und West zufiele. Es sei bemerkenswert, daß Kanzler Kohl bereits von Deutschlands Partnern in Ost und West spreche“.¹⁰ Ähnliche Befürchtungen äußerte der Pariser Deutschland-Experte Jean Francois-Poncet über die Neuvereinigung und die im Juni 1990 beschlossene Allianz mit Moskau: „Frankreich fragt sich, ob das stark gewordene Deutschland, das seine politischen Ziele erreicht hat, ein zuverlässiger Partner für Europa bleibt oder ob es in Europa seinen eigenen Weg gehen wird. Wenn Deutschland etwa dem Gemeinsamen Markt den Rücken kehren würde und sich durch die klassische Idee von ‚Mitteleuropa‘ verführen ließe, würden in Frankreich alle alten Ängste wieder hochkommen“.¹¹

II.

Wer die deutsche Geschichte seit den gescheiterten Revolutionen von 1848 und 1918/19 sowie das Versagen der traditionellen deutschen Macht- und Bündungseliten am Vorabend des „Dritten Reiches“ kennt, wird kaum geneigt sein, diese Vorbehalte unserer Nachbarn gegenüber der deutschen Neuvereinigung nicht ernst zu nehmen. Dennoch dürfen gewichtige Fakten nicht verschwiegen werden, die geeignet erscheinen, die geäußerten Ängste zumindest in kurz- und mittelfristiger Perspektive wenigstens zu mildern:

1. Daß die Furcht unserer Nachbarn vor einer ökonomischen Hegemonie in der Wirtschaftskraft Gesamtdeutschlands eine reale Basis hat, kann kaum bestritten werden. Schon heute stammt „ein Viertel der gesamten EG-Produktion [...] aus bundesdeutschen Werken und Kontoren. Über 140 Milliarden Mark Handelsüberschüsse Bonns entsprechen ähnlich hohen Defiziten der Partner. Die neuen Ost-Chancen werden das Mißverhältnis weiter vergrößern. ‚Germanys second Wirtschaftswunder‘, von der englisch-sprachigen Wirt-

10 Der Spiegel (Anm. 4), S. 111.

11 Der Spiegel (Anm. 6), S. 22.

schaftspresse für die nahe Zukunft fest einkalkuliert, stärke den ‚deutschen Exportschwung‘ prophezeit David Kern von der Londoner National Westminster Bank“. Tatsächlich ist schon jetzt davon auszugehen, daß „Europas Zinssätze [...] in Frankfurt gemacht (werden)“, wie sich britische Kommentatoren beschwerten.¹² Andererseits muß die Wahrscheinlichkeit, daß das neuvereinte Deutschland Ost- und Mitteleuropa ökonomisch beherrschen wird, noch nicht unbedingt bedeuten, wie es im Protokoll der Thatcher-Konferenz in Chequers heißt, daß „es nun mit wirtschaftlichen Mitteln erreichen würde, was Hitler mit militärischen Mitteln nicht geschafft habe“. Es sei vielmehr die Differenz zwischen der wirtschaftlichen Dominanz eines vereinten Deutschlands und dem ökonomischen Imperialismus der Nazi-Herrschaft zu beachten: sie bestehe in der Tatsache, „daß der Wunsch nach ökonomischer deutscher Präsenz mindestens ebensowohl von den Osteuropäern komme wie von den Deutschen selbst. Sie wollten und brauchten deutsche Hilfe und deutsche Investitionen. Und dies sei wohl auch die einzige Möglichkeit, Osteuropa wieder mit Leben zu erfüllen“, nachdem sich weder Briten noch Franzosen bereit zeigten, die notwendigen Mittel zu investieren.¹³

2. Das Tempo, mit dem die Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik erfolgte, ist aus guten Gründen kritisiert worden. Aber niemand kann bestreiten, daß sich die Qualität dieses Einigungsprozesses von der Reichsgründung von 1871 unter Bismarck gravierend unterscheidet. Zunächst ist hervorzuheben, daß „diesmal [...] ein geeintes Deutschland in Harmonie mit den alten Demokratien des Westens (entsteht), institutionell mehrfach mit ihnen verbunden und als Partner hoch geschätzt. Und die Völker Osteuropas erwarten von diesem Deutschland Hilfe beim Abräumen des gigantischen Trümmerfeldes“, das der diktatorische Staatssozialismus hinterlassen hat.¹⁴ Ferner ist im Vergleich zur Vereinigung von 1871 hervorzuheben, daß die zusätzliche Macht, die einem vereinten Deutschland zukommen wird, nicht aktiv von ihm angestrebt wurde: „Entstanden ist sie zum Teil durch den Zusammenbruch des russischen Imperiums und dank der aus innenpolitischen Gründen verminderten Macht der Vereinigten Staaten“, wie der amerikanische Historiker Fritz Stern hervorhebt.¹⁵ Erst dieses Machtvakuum setzte die Dynamik des Vereinigungsprozesses in Gang. Zweifellos wurde er durch die Gefahr des Zusammenbruchs der DDR beschleunigt, nachdem klar war, wie Jürgen Kocka betont, daß es „in dieser historischen Situation an einem einigermaßen genauen theoretisch durchdachten und praktikablen Modell des demokratischen Sozialismus als leistungsfähiger Alternative zum diskreditierten Staatssozialismus des Ostens einerseits, zur westlichen, sozialstaatlich überwölbten Marktwirtschaft (einschließlich ihrer sozialdemokratischen Fortentwicklungsmöglichkeiten) andererseits fehlte“. ¹⁶ Und schließlich muß im

12 Der Spiegel (Anm 2), S 20

13 Der Spiegel (Anm 4), S 111

14 Der Spiegel (Anm 6), S 16

15 Fritz Stern, Die zweite Chance Die Wege der Deutschen, in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26 7 90

16 Jürgen Kocka, Umbrüche - aber ohne neue utopische Ideen Die Sogkraft des Nationalen und der Beitrag der Bundesrepublik zur Revolution in der DDR, in Frankfurter Rundschau, 11 7 90

Vergleich zur Reichsgründung von 1871 hervorgehoben werden, daß auch die Revolution in der DDR trotz ihrer nationalen Wende den Spuren folgte, auf denen sich die übrigen Umbrüche des Jahres 1989 in Osteuropa vollzogen. Orientiert an freiheitlichen und demokratischen Ideen, ging es ihnen um „die Durchsetzung der Grundprinzipien der bürgerlichen Gesellschaft (civü society) und repräsentativer, pluralistischer, rechts- und verfassungsstaatlicher Regierungsformen [...]. In diesem Sinn hat das Jahr 1989 wirklich gezeigt, daß die Französische Revolution die Zukunft der russischen war und nicht umgekehrt (Fürer)“.¹⁷

3. Die SPD hat zu Recht Kritik an der innenpolitischen Methode geübt, mit der Bundeskanzler Kohl den Prozeß der deutschen Einheit vorantrieb. Der Kanzler habe sie von Anfang an als Privatsache behandelt und die Zusammenarbeit mit der Opposition erst gesucht, als das wegen der neuen Mehrheiten im Bundesrat unumgänglich geworden sei. „Schlimmer wirkte sich aus“, so Hans-Jochen Vogel am 11. August 1990, „daß der Bundeskanzler im Vorfeld der Volkskammerwahlen am 18. März 1990 den Menschen nicht die Wahrheit gesagt, sondern sie geradezu getäuscht hat“. Kohl habe genau gewußt, daß die Umstellung der SED-Kommandowirtschaft auf die Marktwirtschaft für die Menschen in der DDR nicht ohne „existentielle Erschütterungen“ und für die Bürger der Bundesrepublik nicht ohne hohe Kosten zu machen sein würde. „Große Männer haben ihren Völkern in vergleichbaren Situationen die Größe und Schwere der Aufgaben klar vor Augen geführt und dadurch zusätzliche Kräfte geweckt. Kohl hat das Gegenteil getan und dadurch Enttäuschung und Bitterkeit geradezu vorprogrammiert“.¹⁸ Dieser innenpolitischen Einschätzung Vogels ist nichts hinzuzufügen. Andererseits kann freilich niemand im Ernst der gegenwärtigen Bundesregierung vorwerfen, sie gebe Anlaß zu der Befürchtung, ein neu vereintes Deutschland wende sich von der europäischen Integration ab, um in Mitteleuropa zu einer Weltmacht aufsteigen zu können. Zwar hat das Zögern Kohls, die Oder-Neiße-Linie zu akzeptieren, bei unseren Nachbarn berechtigte Ängste vor Deutschlands „Mission“ in Ost- und Mitteleuropa hervorgerufen. Unterdessen jedoch ist die endgültige Anerkennung der gegenwärtigen polnischen Westgrenze integrierter Bestandteil des offiziellen Bonner Regierungskurses. Bei einer Feier zum 40. Jahrestag der Charta der deutschen Heimatvertriebenen am 5. August 1990 in Stuttgart bezeichnete der Kanzler diesen Schritt als zwingende Voraussetzung für das Erreichen der deutschen Einheit. Von der Zustimmung der vier Siegermächte hänge es ab, „ob das vereinte Deutschland volle Souveränität erlangt. Es wäre verantwortungslos, diese Tatsache zu ignorieren“. Ausdrücklich erinnerte er daran, daß Hitler das polnische Volk habe versklavt und auslöschen wollen. Grenzen dürften weder in Zweifel gezogen noch verschoben werden; nur so verlören sie ihren trennenden Charakter¹⁹.

17 Ebd.

18 Frankfurter Rundschau, 13. 8. 90.

19 Vgl. Frankfurter Rundschau, 6. 8. 90.

Dieser Absichtserklärung folgten Taten. Am 8. November 1990 kündigte Kohl bei einem Treffen mit Ministerpräsident Mazowiecki in Frankfurt an der Oder den Abschluß eines Vertrages über die völkerrechtliche Anerkennung der Grenze zwischen Polen und Deutschland noch vor den Bundestagswahlen an. Am 14. November wurde er von Bundesaußenminister Genscher und seinem polnischen Kollegen Skubiszewski in Warschau unterzeichnet. Er soll im Februar 1991 zusammen mit einem deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag, der auch die Rechte der deutschen Minderheit in Polen regelt, ratifiziert werden. Dem Verzicht auf Gebietsansprüche gegenüber Polen entspricht die Absage an jedes Großmachtstreben. „Wir sind keine Weltmacht, und ich halte es für töricht, Weltmachträume zu träumen“, legte sich Kohl verbindlich fest. „Deutschland sei kein Koloß, der irgendwo in Mitteleuropa hegt, sondern voll eingebettet in die europäische Sicherheitsarchitektur. Damit wandte sich Kohl auch gegen im Ausland aufgekommene Befürchtungen“, berichtet „Die Welt“, „es könne zu einem Sonderverhältnis zwischen dem vereinten Deutschland und der Sowjetunion kommen. Einen ‚Geist von Rapallo‘ zu beschwören sei ‚völlig abwegig‘. Der deutsche Einigungsprozeß werde von beiden Weltmächten befürwortet und vollziehe sich im Einklang mit der europäischen Integration“.²⁰ Auch diese Aussage des Bundeskanzlers wurde bestätigt, als am 12. September 1990 die Außenminister der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs in Moskau den Vertrag über die Souveränität Gesamtdeutschlands unterzeichneten.

III.

Sind also die im ersten Teil meiner Ausführungen dargelegten Ängste unserer Nachbarn vor einem neuvereinigten Deutschland gegenstandslos? Sie wären es zweifellos, wenn es das bliebe, was die Bundesrepublik seit 45 Jahren gewesen ist. Aber es ist keine Selbstverständlichkeit, daß dies der Fall sein wird, auch wenn die ehemalige DDR das gesamte institutionelle Gefüge des Grundgesetzes übernimmt. Was Sorge hervorruft, ist nicht die Gegenwart und die unmittelbare Zukunft Deutschlands, sondern die fernere Wegstrecke, wie es im Protokoll der Chequers-Konferenz heißt, „die sich unserer heutigen Einsicht entzieht“.²¹ Worin bestehen nun aber die Unwägbarkeiten des geeinten Deutschlands in langfristiger Perspektive? Und welche Aufgaben kommen auf die deutsche Sozialdemokratie zu, um möglichen Fehlentwicklungen zu begegnen?

Zunächst muß die Zielperspektive verdeutlicht werden, an der die SPD ihre Deutschland-Politik orientieren sollte. Ihr normativer Fixpunkt ist rasch benannt: Wenn jemals die SPD nach 1945 eine politische Großtat vollbracht hat, dann ist es der Moskauer Vertrag, der vor 20 Jahren unterzeichnet wurde. Damals verpflichteten sich die Bundesrepublik und die Sowjetunion, „in ihrer Politik auf Drohung mit Gewalt und Anwendung von Gewalt zu verzichten, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa zu achten und keinerlei Gebiets-

²⁰ Die Welt, 18. 7. 90.

²¹ Der Spiegel (Am 4), S. 112.

ansprüche gegen irgendjemanden geltend zu machen". Zugleich wurde durch einen Brief des Außenministers der deutsche Standpunkt hervorgehoben, „daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel steht, auf den Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“.²² Rückblickend läßt sich sagen, daß dieser Vertrag eine historische Zäsur in der Geschichte der Bundesrepublik gewesen ist, deren Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Bewußt die historische Schuld der Deutschen im „Dritten Reich“ ohne Einschränkungen und „Normalisierungen“ anerkennend, trat die Bundesrepublik, durch den Kniefall Willy Brandts in Warschau eindrucksvoll symbolisiert, engültig aus dem Schatten einer unheilvollen deutsch-nationalen Vergangenheit heraus. Zugleich schuf der Moskauer Vertrag die Voraussetzungen für den KSZE-Prozeß, ohne den der friedliche Wandel in Europa und die deutsche Einheit nicht möglich gewesen wäre. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn ausgerechnet der führende Politiker des konservativen Lagers, nämlich der Bundeskanzler selbst, die Ostverträge zum Dreh- und Angelpunkt seiner Deutschland-Politik erhebt. „Aufbauend auf dieser wichtigen Grundlage“, bestätigte Kohl am 11. August 1990 erneut dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow, „haben sich der politische Dialog und die Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Staaten und Völkern, insbesondere in letzter Zeit, beträchtlich erweitert und vertieft“. Mit der Einigung Deutschlands und dem Ausbau des deutsch-sowjetischen Verhältnisses solle zu einer „dauerhaften und gerechten europäischen Friedensordnung“ beigetragen werden.²³

Es duldet keinen Zweifel: Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten bewegt sich in einem außenpolitischen Rahmen, den die sozial-liberale Koalition unter Willy Brandt und Walter Scheel mit dem Moskauer Vertrag von 1970 erst gegen den zähen und kompromißlosen Widerstand der CDU/CSU durchsetzen mußte. „Ich wage, hier zu sagen“, führte Franz Josef Strauß am 27. Mai 1970 im Bundestag aus, „daß Abkommen des Entgegenkommens, Abkommen mit einseitigen Verzichtleistungen zugunsten kommunistischer Diktaturen nicht nur zu höheren Forderungen anstacheln, sondern der wirklichen Versöhnung der Völker im Wege stehen und schon gar nicht diese zu begünstigen geeignet sind“.²⁴ Ferner warf er Brandt vor, daß er den Frieden nicht sicherer, sondern unsicherer mache, „weil der Schatten Moskaus über Europa von Jahr zu Jahr länger wird, wenn die entscheidende zentrale Macht dieses Kontinents diese Politik fortsetzt, die im Oktober mit der Übernahme der Zweistaatentheorie begonnen hat“.²⁵ Ausdrücklich betonte er, die Forderung der Vertriebenenverbände nach Wiederherstellung des deutschen Reichsgebiets in den Grenzen von 1937 sei nicht das Ziel „eines besonders isolierten Elements des deutschen Volkes“, sie entspreche vielmehr der „Mei-

22 Bernd Faulenbach, Moskauer Vertrag: Durchbruch zur Entspannung, in: Vorwärts, August 1990.

23 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. 8.90.

24 Das Parlament, 13.6. 70.

25 Ebd.

nung der Deutschen oder sollte es jedenfalls".²⁶ In der Mittagsstunde des 7. Dezember 1970 sagte Willy Brandt nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages in einer über alle Rundfunk- und Fernsehsender der Bundesrepublik ausgestrahlten Ansprache: „Was ich im August Ihnen aus Moskau gesagt habe, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, gilt auch für den Vertrag mit Polen: er gibt nichts preis, was nicht längst verspielt worden ist. Verspielt nicht von uns, die wir in der Bundesrepublik politische Verantwortung tragen, sondern verspielt von einem verbrecherischen Regime, vom Nationalsozialismus. Wir dürfen nicht vergessen, daß dem polnischen Volk nach 1939 das Schlimmste zugefügt wurde, was es in seiner Geschichte hat durchmachen müssen. Dieses Unrecht ist nicht ohne Folgen geblieben".²⁷ Im Kern wußte Gerhard Stoltenberg in derselben Sendung für die CDU/CSU-Fraktion dieser illusionslosen Feststellung nichts als das Bedauern darüber entgegenzusetzen, daß „die Bundesregierung [...] mit der heutigen Unterschrift in Warschau die Oder/Neiße-Linie endgültig als deutsche Ostgrenze anerkennen und damit völkerrechtlich auf ein Viertel des Reichsgebiets verzichten" will.²⁸

Aber es wird für die SPD nicht ausreichen, dieses historische Verdienst ihren Wählern immer wieder vor Augen zu führen. Gewiß, der Moskauer Vertrag hat, wie wir heute wissen, eine solche hegemoniale Kraft entfaltet, daß seine konservativen Opponenten von damals ihn am 13. September 1990 durch die Unterzeichnung eines „Vertrags über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit" mit der Sowjetunion weiterentwickelten. Er sieht nicht nur eine Nichtangriffsverpflichtung und regelmäßige Konsultationen der Regierungschefs vor, sondern auch die Zusammenarbeit auf den Gebieten Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie Kultur, Umweltschutz und Verbrechensbekämpfung. Doch seine innergesellschaftliche Grundlage, der Verzicht auf den Machtstaatsgedanken, erscheint nur dann gesichert, wenn sie unterhalb der Ebene offizieller Politik durch eine stabile demokratische und liberale politische Kultur gestützt wird. Genau diese Bedingung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht von vornherein gegeben. Niemand vermag auszuschließen, daß die Integration von 16 Millionen DDR-Bürgern die politische Kultur Gesamtdeutschlands in einer Weise verändern könnte, die ihrer Orientierung an den universalistischen Verfassungsprinzipien der Aufklärung den Boden entzieht. Zwar wurde im November und Dezember 1989 die Demokratie in der DDR *auch* durch Massenbewegungen von unten entscheidend mit erzwungen. So gesehen, hat die DDR die parlamentarische Demokratie nicht nur als Geschenk der Reform-Politik Gorbatschows erhalten - im Unterschied zum westlichen Teil Deutschlands, der sie nach 1945 auf Initiative der westlichen Siegermächte ohne einen erkennbaren Druck von unten einführte. Dennoch sind Zweifel erlaubt, ob es den Bürgerrechtsbewegungen gelungen ist, mit dem Sturz des alten Regimes für die politische Kultur der neuen Bundesländer gleichsam mit einem Schlag nachzuholen, was die

26 Ebd

27 Das Parlament, 12.12. 70.

28 Ebd.

Studentenbewegung und die außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik seit Ende der 60er Jahre eingeleitet haben: die Schaffung einer Streitkultur, in deren Rahmen der politische Gegner nicht sofort und mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zum „Feind“ gerät.

Für diese These spricht, daß die politisch-geistige Hegemonie der Bürgerrechtsbewegungen in der früheren DDR nur eine kurze Zeit dauerte. Schon seit Januar 1990 wurde sie in den Montagsdemonstrationen nicht nur in Leipzig von politischen Strömungen verdrängt, die das radikal-demokratische „Wir sind das Volk!“ durch das eher nationalistische „Deutschland einig Vaterland!“ ersetzen: nicht „Verfassungspatriotismus“ im Sinne demokratischer und liberaler Ideale war gefragt, sondern Vereinigung unter nationalem Vorzeichen. Diese „neue Hegemonie“ prägte den Stil des Wahlkampfes vom März 1990 entscheidend. „Der Morgen“, die Zeitung der Liberal-Demokraten, stellte am 17. März 1990 fest: „Grobes Pro und Contra dominierten, Kraftmeierei an Mikrofonen und vor Kameras [...]. Überklebte und zerrissene Plakate, Handgreiflichkeiten und Bombendrohungen fügten sich in keinerlei demokratisches Bild“. In der Bilanz des Wahlkampfes, gezogen vom DDR-Innenministerium, heißt es, in der Zeit vom 1. bis 14. März habe es 598 Kundgebungen und Demonstrationen mit insgesamt rund 1,2 Millionen Teilnehmern gegeben. Es seien Intoleranz und Aggressivität sowie Beschädigungen und Vernichtung von Wahlkampfmaterial festzustellen gewesen. Wahlbüros und Politikern sei Gewalt angedroht worden.²⁹ An dieser Atmosphäre der Intoleranz, so scheint es, hat sich prinzipiell auch nach den Wahlen vom März und Mai 1990 nichts geändert. So attestiert die Ausländerbeauftragte des Ost-Berliner Senats, Anetta Kahane, ihren Mitbürgern „ein katastrophales Bewußtsein‘ nach dem Motto: Rassistisch sein ist jetzt doch erlaubt“.³⁰ Für sie gehört zum Alltag, erleben zu müssen, „wie Schwarze, Vietnamesen, Sinti und Roma auf der Straße ‚einfach so‘ zusammengeschlagen werden“. Den amtlichen Stellen fällt dazu nichts anderes ein, als daß sie zur Zeit „andere Sorgen“ hätten.³¹ Die Ausländerbeauftragte der ehemaligen DDR, Almuth Berger, gibt offen zu, daß von einer Integration der Ausländer derzeit nicht die Rede sein könne. Statt dessen schlägt sie „Sicherheitspartnerschaften zwischen Polizei und beispielsweise Wohnheimen von Ausländern“ vor, „um rechtzeitig Schutz zu bieten. Oft gibt es Drohungen, daß ein solches Heim überfallen werden soll“.³² Daß dieser militante Ausländerhaß mit massenhafter Zustimmung in den neuen Bundesländern rechnen kann, geht aus einer repräsentativen Umfrage hervor, die kürzlich die PDS-nahe Stiftung „Gesellschaftsanalyse“ durchgeführt hat. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß „56,8 Prozent der Befragten [...] ein Beschäftigungsverbot für Ausländer in Deutschland (wollen). Hauptgrund ist die Furcht um den eigenen Arbeitsplatz. Zehn Prozent meinten, die fremde Lebensart‘ passe nicht zu den Deutschen“.³³ Dieses düstere Szenario wird noch

29 Vgl. Der Tagesspiegel, 18.3.90

30 Frankfurter Rundschau, 12.7.90

31 Süddeutsche Zeitung, 14./15.7.90

32 Frankfurter Rundschau, 27.7.90

33 Frankfurter Rundschau, 16.8.90

bedrohlicher, wenn man bedenkt, daß sich in der früheren DDR lediglich 95 000 ausländische Arbeitskräfte befinden, die mit ihren Familien etwa 1 Prozent der Wohnbevölkerung ausmachen. Wie wird dann aber die politische Kultur im östlichen Teil Deutschlands aussehen, wenn im Zuge der Neuvereinigung mit der Bundesrepublik bald Hunderttausende aus der EG und den osteuropäischen Ländern kommen werden? Schon jetzt haben sich in Ostdeutschland nationalistische Gruppen etabliert. Wie wir der Anfang August von der ARD ausgestrahlten Sendung „Deutschland“ erwache . . . “ entnehmen konnten, predigen sie offen Ausländerhaß, Rassismus, Revanchismus und Antisemitismus. Für die Autoren der Sendung, Achtnich und Schütz, steht außer Zweifel: „Die Rechte hat in der DDR großen Zulauf; der Boden für nazistisches Gedankengut ist dort mit Sicherheit fruchtbarer als in der Bundesrepublik“.³⁴

Es kommt aber noch eine zweite Differenz hinzu, durch die sich das politische Selbstverständnis vieler Bürgerinnen und Bürger der früheren DDR von der politischen Kultur der Bundesrepublik unterscheidet. Ich stimme dem Hamburger Politologen Hans-Hermann Hartwich zu, wenn er schreibt: „Die ‚antiwestliche Tradition‘ Deutschlands, die sich im 19. Jahrhundert ausbildete und in Ablehnung von Pluralismus und Parlamentarismus ihren Niederschlag fand, ist im westlichen Deutschland überwunden. Wesentlich dazu beigetragen hat die Verfassung und ihre Auslegung sowie die Überwindung der Nachkriegsrestauration durch die ‚antiautoritäre Bewegung‘, die für mich über zwanzig Jahre bis heute anhaltend eine Umwälzung politischen Denkens und Verhaltens, ja eben im Kern auch die ‚innere Akzeptanz‘ all jener Prinzipien der politischen Philosophie gebracht hat, die das Staats- und Verfassungsdenken vor allem der angelsächsischen Gesellschaft seit je geprägt hat. Den Staat ‚von unten her‘ sehen“.³⁵ Vieles spricht dafür, daß bei den meisten Einwohnern der neuen Bundesländer dieses westliche Verfassungsdenken nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann. Anstatt den Staat von der Gesellschaft her zu denken und nicht umgekehrt, könnte sich nun rächen, daß die eigentliche Phase der Umwälzung der DDR theorielos, das heißt ohne fundierte Auseinandersetzung mit den demokratietheoretischen Grundlagen der Alternative zum überwundenen SED-Staat verlief. Dies vorausgesetzt, droht jetzt im östlichen Deutschland jene unheilvolle Kontinuität des starken Obrigkeitsstaates fortzubestehen, die das Kaiserreich von 1871 bis 1918 genauso bestimmte wie das „Dritte Reich“ von 1933 bis 1945 und den „realen Sozialismus“ in der DDR, allerdings seit 1949 im Gewand der marxistisch-leninistischen Ideologie. Zwar gehören alle jene Institutionen, die als „Organe“ der „starken“ Staatsgewalt Ausfluß dieser etatistischen Tradition sind, nämlich Nationale Volksarmee, Grenztruppen, Stasi, Paßbehörden und so weiter heute tendenziell der Vergangenheit an. Ob sich aber die Mentalitätsstrukturen, die von ihnen und dem sie legitimierenden Staatsverständnis geprägt wurden,

³⁴ Frankfurter Rundschau, 9. 8 90

³⁵ Hans-Hermann Hartwich, Die Suche nach kollektiver Identität Thesen (Unveröffentlichtes Manuskript, 1989), S 2

gleichfalls revolutionierten, ist zu bezweifeln. Hinzu kommt, daß der mit großer Schnelligkeit verlaufende Prozeß der deutschen Einheit viele DDR-Bürger politisch-geistig entwurzelte. Diese Entwurzelung macht, vor allem in Phasen der Wirtschaftskrise und des sozio-politischen Umbruchs, anfällig für rasche autoritäre Lösungen von oben, für die „die rechtsstaatlich garantierte Autonomie der Person als Begrenzung des Prinzips der Volkssouveränität“³⁵ möglicherweise kein Thema ist.

Niemand sollte sich Illusionen darüber machen, was dieses obrigkeitsstaatliche Erbe, mit dem die ehemalige DDR die Neuvereinigung der beiden deutschen Staaten belastet, für die entstehende gesamtdeutsche politische Kultur bedeuten könnte. Schon jetzt steht außer Frage, daß „die DDR-Rechte [...] nicht selbständig (agiert); sie ist vielmehr mit der West-Rechten verschmolzen“.³⁷ Eine andere Gefahr sieht Hartwich darin, „daß der heute so theorielos verlaufene Vereinigungsprozeß und die fehlende Demokratiedebatte jene Geister zu neuem Leben erweckt, die der fehlenden Sicherheit im Obrigkeitsstaat' bei uns noch immer nachtrauern“.³⁸ Und was ich 1983 in meinem Buch „Rückkehr zum starken Staat?“ angesichts wachsender neokonservativer Tendenzen als Prognose formulierte, könnte im neu vereinten Deutschland eine größere Gefahr bezeichnen, als ich es im Blick auf die alte Bundesrepublik für möglich hielt: „Daß der Neokonservatismus [...] mit einem Potential in der Bevölkerung rechnen kann, das auf sein autoritäres Ordnungsdenken positiv reagiert und wenig an seiner Befreiung aus selbstverschuldeter Unmündigkeit interessiert ist, duldet kaum einen Zweifel. Die Erhebung sekundärer Tugenden zu den zentralen Erziehungszielen in den Schulen; die Abkehr vom Sozialstaat bei gleichzeitigem Versprechen einer drastischen Steuersenkung; die Garantie von Ruhe und Ordnung unter rigoroser Ablehnung liberaler Kompromißformeln bei Massendemonstrationen und Hausbesetzungen; ein gezieltes Feind-Denken gegen ‚Linksintellektuelle‘ und andere mißliebige Minoritäten und so weiter macht, zumal in Zeiten wirtschaftlicher Krisen, einen rechtspopulistischen Resonanzboden wahrscheinlich [...]. Die Umriss eines solchen Populismus sind jedenf. alls erkennbar, und die Frage drängt sich auf, ob er der Konservatismus“ nicht nur der 80er Jahre der Bundesrepublik, wie ich damals vermutete, sondern des geeinten Deutschlands im ausgehenden 20. Jahrhundert wird.“³⁹

IV.

Wenn nicht alles täuscht, könnte die politische Kultur, die sich in der Bundesrepublik seit Ende der sechziger Jahre herausgebildet hat, vor ihrer bisher schwersten Belastungsprobe stehen. Sie wird ihr nur dann gewachsen sein,

³⁶ Hans-Hermann Hartwich, Der Verfassungstyp „westliche Demokratie“ und die DDR. Demokratietheoretische Implikationen des Beitritts zur Bundesrepublik nach Art. 23 GG, in: Gegenwartskunde, 1/1990, S. 162.

³⁷ Frankfurter Rundschau, 9. 8. 90.

³⁸ Hartwich (Anm. 36), S. 162 f.

³⁹ Richard Saage, Rückkehr zum starken Staat? Studien über Konservatismus, Faschismus und Demokratie, Frankfurt/Main, S. 274.

wenn von ihr Impulse auf die Menschen in der ehemaligen DDR ausgehen, die ihnen helfen, das nachzuholen, wofür der westliche Teil Deutschlands über 40 Jahre Zeit hatte, nämlich den Anschluß an das westliche Demokratieverständnis zu finden. Gelingt dieses Experiment nicht, so vermag niemand auszuschließen, daß die politische, militärische und wirtschaftliche Einbindung des neu vereinten Deutschlands in die EG und das westliche Sicherheitssystem in eine gefährliche Spannung zur innenpolitischen Entwicklung gerät, die erneut an das deutsch-nationale Vormachtstreben anknüpft, das unsere Nachbarn zu Recht fürchten. Das wirft die Frage auf, mit welchen Aufgaben die SPD angesichts eines solchen Zukunftsszenarios konfrontiert ist.

Es gibt kritische Stimmen, die behaupten, daß die SPD an einer entscheidenden Aufgabe bereits gescheitert sei: als Opposition hätte sie seit November 1989, wie Günter Grass es kürzlich formulierte, dem „hastigen Sofortprogramm Einheit“ ablehnend entgetreten müssen. Statt dessen nehme sie in Kauf, „daß nach vierzig Jahren Auseinanderleben das übereilte Zusammenschustern - ich rede vom Staatsvertrag - die Gefahr birgt, [...] die ohnehin große Distanz zwischen den Deutschen in beiden Staaten jetzt durch ein festgeschriebenes soziales Gefälle zusätzlich“ zu vergrößern.⁴⁰ Die Alternative, für die Grass eintritt, ist klar: ein „Bund deutscher Länder“, bereichert um fünf weitere Länder, mit einer vom Volk bestätigten Verfassung, die weitgehend auf dem Grundgesetz fußt.⁴¹ Es handelt sich also um eine Art Konföderation, die ihre ideelle Einheit in einer „deutschen Kulturnation“ findet. Grass' Konzeption, radikal mit verhängnisvollen Kontinuitäten der deutschen Geschichte brechend, steht in den besten Traditionen der Aufklärung. Aber ihr Nachteil ist, daß es ihrem Autor nicht gelingt, sie mit den realpolitischen Gegebenheiten der Revolution in der ehemaligen DDR in Einklang zu bringen. „Wer immer regierte“, sagte kürzlich Willy Brandt zutreffend in einem Interview der Frankfurter Rundschau, „mußte unter den Wirkungen dessen, was am 9. November kopflos in Ost-Berlin entschieden worden ist, agieren. Und ich sehe keine Regierung, die die Schotten wieder dichtgemacht hätte [...]. Manches [...], was an Alternativvorstellungen entwickelt worden ist, geht doch von der Annahme aus, man hätte“ die beiden Teile Deutschlands „eine Zeit in milderer Form als früher voneinander getrennt halten können. Ich glaube, das war unmöglich“.⁴² Es war unmöglich, weil, wie man Willy Brandt ergänzen muß, sich in beiden deutschen Staaten nicht, wie dies zum Beispiel in Österreich der Fall ist, eine authentische nationale Identität herausgebildet hatte, und weil die einzige kollektive Orientierung, die die DDR besaß, nämlich der „reale“ Staatssozialismus, wie ein Kartenhaus zusammenbrach, ohne daß ein praktikables Konzept des demokratischen Sozialismus in Sicht gewesen wäre, das eine Perspektive hätte eröffnen können. Dies vorausgesetzt, halte ich es für falsch, der SPD Versagen vorzuwerfen, wenn sie die Dynamik des Vereinigungsprozesses nicht gebremst hat. Ihre historische Auf-

40 Frankfurter Rundschau, 27 7 90

41 Ebd

42 Frankfurter Rundschau, 2 7 90

gäbe, an der sie einmal gemessen wird, ist eine ganz andere. Ihre ganze Geschichte zwingt sie dazu, sich als die politische Kraft zu bewähren, die dafür sorgt, daß das entstehende gesamtdeutsche Bewußtsein, vermittelt durch gemeinsame Sprache, Kultur, Geschichte und geographische Lage, wirkungsvoll von den universalistischen Verfassungsprinzipien der Aufklärung in einem geeinten Europa korrigiert wird, damit der „Neuvereinigung“ der Restgebiete des ehemaligen deutschen Reiches keine „Wiedervereinigung“ folgt, die auf ein neues Großdeutschland hinauslief.

Daß die SPD durch die Ostverträge von 1970 den außenpolitischen Rahmen für die Erreichung dieses Zieles abgesteckt hat, ist bekannt. Wenn heute dessen innenpolitische Absicherung auf der politischen Tagesordnung steht, bedeutet dies für die SPD, daß sie unter veränderten sozialen, politischen und historischen Bedingungen ihren Verdienst, die emanzipatorischen Traditionen der Aufklärung mit dem westlichen Demokratieverständnis und einem partizipatorisch gewendeten Sozialstaat verbunden und unbeirrt zur Richtschnur ihres Handelns gemacht zu haben, erneut einlösen muß. Gewiß, Willy Brandts Diktum zu Beginn des Einigungsprozesses, daß nun zusammenwachsen, was zusammengehört, war nicht nur durch den demokratischen Basisdruck in der ehemaligen DDR selber gedeckt; es konnte sich darüber hinaus auf das universalistische Prinzip der Selbstbestimmung der Völker berufen. Aber ebenso sicher ist, daß Brandts Formel in großen Teilen der Öffentlichkeit nationalistisch interpretiert wurde. Und die SPD hat, wie Günter Grass mit großem Recht wiederholt betonte, zu wenig getan, um einer solchen Auslegung wirkungsvoll entgegenzutreten. Um so wichtiger erscheint, daß sie sich in Zukunft als das entscheidende Bollwerk gegen eine nationalistische Emotionalisierung im neu vereinten Deutschland bewährt. So gesehen, hat dieser Aufsatz *auch* eine normative Dimension: sie besteht darin, die deutsche Sozialdemokratie an das internationalistische Erbe der alten Arbeiterbewegung zu erinnern und an sie zu appellieren, es stärker als bisher in den Einigungsprozeß einzubringen. Nur wenn ihr unverwechselbares Politikverständnis im neu vereinten Deutschland vorherrschend wird, gehört auch langfristig die Furcht unserer Nachbarn vor einem „Vierten Reich“ der Vergangenheit an.